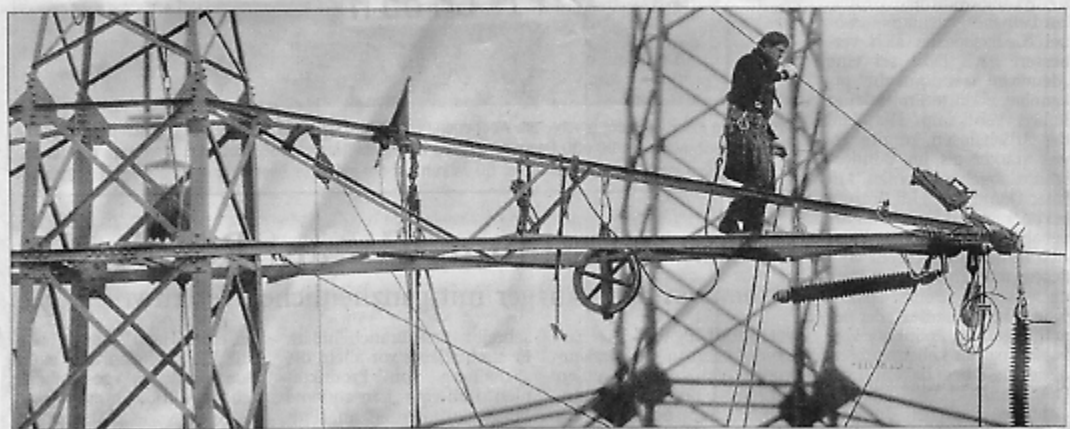


NWZ 20/06/05

# Heftiger Streit um lange Leitung

## STROMTRASSEN Bürger begehren gegen Riesenmasten auf – Erdleitung gefordert



In Schwindel erregender Höhe arbeitet dieser Monteur auf einem Fernleitungsmast. Möglicherweise werden im südlichen Kreis Oldenburg in absehbarer Zeit Dutzende Masten für eine neue Fernleitung aufgestellt. Dagegen regt sich starker Widerstand. ARCHIVBLD-DPA

Eine unterirdische Leitung sei im Bau bis zu zehnmal so teuer, heißt es. Eine neue Studie soll das überprüfen.

VON OLAF REICHERT

### COLNRADE/HANNOVER/BAY-

REUTH – In den nächsten zehn Jahren müssen nach Angaben von Martin Fuchs, Vorsitzender der Geschäftsführung des Netzbetreibers Eon Netz (Bayreuth), die Stromkonzerne bundesweit 850 Kilometer neue Fernleitungen bauen, davon 480 Kilometer bis 2010. Grund: Die durch Windenergieanlagen produzierte Strommenge steigt kontinuierlich. Doch dort, wo die Windräder stehen, also in den Ebenen Niedersachsens und Schleswig-Holsteins, wird der Strom nicht benötigt. Bedarf besteht im Westen und im Süden der Republik.

Ein Szenario, das zahlreiche neue Probleme aufwirft. Konfliktträchtig ist vor allem die Frage, wo neue Leitungen

gebaut werden sollen – und in welcher Technik. Ganz oben auf der Investitionsliste von Eon Netz steht eine etwa 80 Kilometer lange Trasse zwischen Ganderkesee (Kreis Oldenburg) und St. Hülfe bei Diepholz. Für eine Spannung von 380 000 Volt sollen die Kabel Richtung Süden ausgelegt sein. Üblicherweise geht das mit Freileitungen an Masten, 60 Meter hoch und 34 Meter breit. Riesen aus Stahl, die die Bevölkerung in den betroffenen Gemeinden nicht haben will.

Kritiker bemängeln, die geplante Trassenführung sei „unzumutbar“, weil sie eine intakte Landschaft durchschneide, der Abstand zu Wohngebäuden zu klein sei und dadurch die Bevölkerung mit Elektro-Smog belastet werde. Im Oktober 2004 gründete sich in Colnrade (Kreis Oldenburg) eine Bürgerinitiative die sich die Verhinderung der Freileitung zum Ziel gesetzt hat. Ihr Name: „Vorsicht Hochspannung“.

Die Initiative kämpft gemeinsam mit Lokalpolitikern

für eine Alternative. Unterirdisch soll die Energie zu den Abnehmern geleitet werden. Entsprechende Technik stehe zur Verfügung, wird angeführt. Gil heißt das Zauberwort. Die Abkürzung steht für „Gasolierte Übertragungsleitungen“. Dabei wird der Strom über ein Rohrsystem geleitet, das in der Erde verlegt wird. Unsichtbar und sicher sei das System, teilt Hersteller Siemens mit. Die Belastung mit Elektro-Smog an der Oberfläche sei minimal, der Wartungsaufwand gering und die Technik seit 30 Jahren erprobt. Lediglich die Baukosten seien etwa acht- bis zehnmal so hoch, wie bei Überlandleitungen.

Das scheint entscheidend zu sein, denn der Gesetzgeber verpflichtet die Netzbetreiber nicht nur, Strom aus Windkraftanlagen abzunehmen und das eigene Netz entsprechend auszubauen. Für den Ausbau muss der Netzbetreiber auch die günstigste Variante wählen. Und das ist nach bisherigen Zahlen die Freileitung.

„Falsch“, sagen die Kritiker und machen eine neue Rechnung auf. Wer eine Freileitung baue, müsse zusätzliche Kosten für Enteignungsverfahren und Gerichtsprozesse sowie die Wertverluste der anliegenden Grundstücke mit berücksichtigen, so Frank Windhorst, Sprecher von „Vorsicht Hochspannung“. Zudem seien die Energieverluste durch die Gil-Technologie bei der Stromübertragung deutlich geringer.

Klarheit erhoffen sich alle Beteiligten von einem neuen Gutachten, das derzeit das Zentrum für Windenergieforschung „ForWind“ an der Universität Oldenburg und Professor Bernd Rüdiger Oswald von der Universität Hannover im Auftrag der Landesregierung erarbeiten. Es soll im August vorliegen.



Freileitung oder Erdkabel? Stromtrasse tobt seit